

II-6836 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3449 /J

1992-07-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Böhacker, Apfelbeck

an den Bundeskanzler

betreffend: Kürzung von Zusatzpensionen im Bereich der  
verstaatlichten Industrie, speziell bei der  
Firma Böhler

Im Zuge der Sanierungsversuche der verstaatlichten Industrie wurden bei diversen Betrieben, darunter die Böhler Werke in Kapfenberg, Zusatzpensionen, die auf jahrzehntealte betriebsinterne Vereinbarungen gestützt waren, gestrichen bzw. durch eine Einmalzahlung in vergleichsweise sehr geringer Höhe abgefunden.

Dies stellte damals ein Sparen auf Kosten der Schwächsten dar, was besonders im Hinblick auf unveränderte Managerverträge als außerordentliche Ungerechtigkeit empfunden wurde und wird.

Aus diesem Grund wurde seinerzeit von Ihnen die Überprüfung der Sachlage in einem Gutachten versprochen, die Betroffenen haben aber bis heute, vier Jahre danach, offiziell nichts von diesbezüglichen Ergebnissen erfahren.

Darüberhinaus ist festzuhalten, daß laut einem höchstgerichtlichen Erkenntnis derartige Eingriffe in Verträge nur bei existenzieller Gefährdung des Betriebs durch die einzusparenden Zahlungen zulässig sind, eine Aufrechterhaltung der Kürzung stellt daher implizit einen Widerspruch zu der Behauptung der verantwortlichen Minister dar, die Sanierung der fraglichen Betriebe sei gelungen.

106/böhlpens.hai

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Ist das seinerzeit von Ihnen über die Frage der Pensionskürzungen in Aussicht gestellte Gutachten bereits fertiggestellt?
  - a. Wenn ja, was ist sein Inhalt, wann werden sie dieses im vollen Wortlaut veröffentlichen und welche Konsequenzen wurden daraus bisher gezogen?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
2. Sind Sie bereit, im Hinblick auf die von Ihnen bzw. dem zuständigen Ressortminister behauptete Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der AI-Betriebe für eine Rücknahme der seinerzeitigen Pensionskürzungen zu sorgen?
  - a. Wenn nein, warum nicht?